

## Präsidentschaft verspielt? —

### Estrada zieht Amtsenthebungsverfahren Rücktritt vor

Einem politischen Taifun kam die Anfang Oktober öffentlich erhobene Anschuldigung gleich, Präsident Estrada, Mitglieder seiner Familie sowie Freunde und Regierungsoffizielle hätten in den vergangenen zwei Jahren 290 Millionen Pesos aus illegalen Glücksspieleinnahmen sowie rund 100 Millionen Pesos aus Tabaksteuereinnahmen, umgerechnet also rund 20 Millionen Mark, eingesteckt. Neuere Vorwürfe besagen, dass Estrada auch aus dem Verkauf von Anteilen einer Telefongesellschaft Provisionen in Höhe von rund 46 Millionen Mark erhalten haben soll. Die Vizepräsidentin Gloria Macapagal-Arroyo trat von ihrem Kabinettsposten zurück, zahlreiche andere Regierungsmitglieder folgten. Rund 50 Abgeordnete haben die Partei des Präsidenten LAMP verlassen, so dass die erforderliche Mehrheit im Abgeordnetenhaus für ein Amtsenthebungsverfahren auf Anhieb zustande kam. Ein breites Bündnis aus NGOs und traditionellen Politikern organisierte Straßenproteste.

Inzwischen hat das Impeachment-Verfahren begonnen. Rücktrittsforderungen von verschiedenen Seiten, etwa der katholischen Bischofskonferenz, seiner Amtsvorgänger,

aus Kreisen der Wirtschaft und von Zehntausenden von Demonstranten hat Estrada abgelehnt. Er stelle sich dem verfassungsgemäßen Prozess des »impeachment« und sei auch zur Aussage in dem Verfahren bereit.

Für eine Amtsenthebung ist eine Zweidrittel-Mehrheit im Senat nötig, elf dazu gewählte Kongressabgeordnete werden dort als Ankläger fungieren. Danach droht Estrada eine Strafverfolgung. Das Verfahren ist ins Rollen gebracht worden von Beschuldigungen durch Luis Singson, dem Gouverneur der Provinz Ilocos Sur. Hintergrund ist offenbar auch eine Auseinandersetzung um Pfründe bei Glücksspieleinnahmen, da die Regierung eine neue Glücksspielvariante fördert, die das illegale »jueteng« verdrängen soll. Estrada will das Geld nie erhalten haben, Singson habe es ohne sein Wissen an die »Muslim Youth Scholarship Foundation« überwiesen. Aktivitäten dieser Stiftung des Präsidenten sind jedoch nicht bekannt, vermutlich handelt es sich um eine Institution zur Geldwäsche. Die bei Umfragen festgestellten Reaktionen der Bevölkerung sind gespalten. So befürwortete Mitte November nur ein knappes Drittel der Befragten

einen Rücktritt, die Hälfte der 1200 Befragten hatte Zweifel an der Richtigkeit der Anschuldigungen gegen Estrada. Allerdings halten laut einer Umfrage 54 Prozent der Filipinos die Mitglieder der Exekutive für korrupt, 30 Prozent die Politiker der Legislative und 17 Prozent die Richter.

Die Beschuldigungen gegen Estrada im einzelnen: Bestechlichkeit im Zusammenhang mit den Glücksspielgeldern, die Immobilien des Präsidenten, Tabaksteuergelder und anderes illegal erworbene Vermögen, Manipulationsvorwürfe mit der Firma BW-Ressources, sowie die Anschuldigung der Vetternwirtschaft, Nutzung unverzollter Autos und dubiose Ernennung von Offiziellen. Bis her wurden Amtsenthebungsverfahren gegen drei Präsidenten gestartet, unter anderem auch gegen Ferdinand Marcos. Anders als im Verfahren gegen Estrada scheiterten die früheren Versuche aber immer bereits an der ersten Hürde im Abgeordnetenhaus.

vgl. PDI 5. 6., 10., 13., 25.10., 4.u.11.11., PST 4., 11, 20 u. 24.11.00, MBI 19.10.00, MTI 15.10., 10.11.u.18.11.00, AFP 13.11.00, dpa 6.11.00, AP 10.11.00

### Reiche Schuldner

Verworfen hat der zuständige Richter auf Hawaii die 1998 ausgehandelte Übereinkunft, wonach die Opfer der Diktatur eine Entschädigung von lediglich 150 Millionen Dollar erhalten — statt der ursprünglichen Summe von knapp zwei Milliarden Dollar plus Zinsen. Die Familie Marcos hatte stets betont, sie könne eine solche Summe nicht aufbringen. Da die Marcoses bisher keine Anstalten gemacht hätten zu zahlen, so der Richterspruch, bleibe ihnen jetzt eine letzte Frist bis März, dann werde die ganze Summe fällig.

Distriktrichter Manuel Real teilte Schelte aus — an die

Adresse der philippinischen Regierungen. In den letzten Jahren hätten diese nichts unternommen, um ihrer Verpflichtung zur Entschädigung der Opfer nachzukommen, er könne der Regierung daher nicht mehr vertrauen.

Die Familie Marcos kämpft zur Zeit verbissen darum, die Kontrolle über ihr erst im Vorjahr von Fahndern bei der Brokerfirma Merrill Lynch entdecktes Vermögen in Höhe von 35 Millionen Dollar zu behalten. Auch die philippinische Regierungskommission möchte über das Geld verfügen.

vgl. PDI 13.9., 15.10. u. 30.11.00, PST 1.11.00, MTI 30.11.00.

### Bomben auf Jolo

Bei dem massiven Armeeeinsatz zur Bekämpfung der Abu Sayyaf-Gruppe auf Jolo soll es nach Aussagen eines medizinischen Helfers zu einem Massaker an Zivilisten zweier Städte gekommen sein. Die gesuchten bewaffneten Kämpfer seien alle geflohen, während die Zivilbevölkerung offene Zielscheibe für die Bombardements aus der Luft gewesen sei. Zahlreiche Menschen seien auch wegen mangelnder medizinischer Hilfe gestorben, sagte die anonyme Quelle. Die philippinischen Gesundheitsbehörden bestätigten, dass das Militär dem Roten Kreuz und anderen Hilfsor-

# nachrichten

## Radioreporter erschossen

Auf dem Weg zu einem Termin mit der Kongressabgeordneten Aurora Cerilles, Frau des philippinischen Umweltministers, ist der 34jährige Radioreporter und -kommentator Ollipio Jalapil in Pagadian, Zamboanga del Sur, durch einen Schuss in den Kopf getötet worden. Der Täter saß auf einem Motorrad.

Zweieinhalb Stunden vor der Tat hatte Jalapil auf seinem Handy eine Textnachricht erhalten mit dem Wortlaut »Ich werde dich heute wirklich töten«. Der ermordete Journalist war bekannt für scharfe Kritik an Amtsinhabern, die in Unregelmäßigkeiten verwickelt waren. Auf Drängen von Umweltminister Antonio Cerilles und seiner Frau war er zuletzt für eine Woche von seinem Programmchef suspendiert worden.

vgl. MTI 18.11.00, PDI 19 u. 20.11.00

ganisationen den Zugang zu den Kampfgebieten erschwert hat. Mehrere zehntausend Menschen sind vor den Gefechten geflohen.

Das Militär hatte zeitweise eine Nachrichtensperre verhängt, auch die Telefonleitungen waren blockiert. Ende Oktober nach der Freilassung fast aller Abu-Sayyaf Geiseln kündigte die Armee eine Reduzierung ihrer Truppen auf Jolo an. Anfang November fielen Bomben auf eine als Evakuierungszentrum genutzte Schule in Patikul.

vgl. PDI 20.9., 21.9. u. 3.11.00, AFP 25.9.00, AP 24.10.00

# nachrichten

## Reaktionen der Wirtschaft

Sprecher der wichtigen Wirtschaftsorganisationen haben sich für einen Rücktritt Estradas beziehungsweise für ein zügiges Amtsenthebungsverfahren ausgesprochen.

Nach einem absoluten Rekordtief des Peso erholten sich Währung und Börsenkurse

deutlich, als bekannt wurde, dass ein Amtsenthebungsverfahren eingeleitet wird. Der Schuldendienst der Philippinen hat sich durch den schwachen Peso bereits um knapp 4 Mrd. Pesos verteuert, diese Summe wird bis Jahresende voraussichtlich noch steigen. Ihre

Wachstumserwartungen für 2001 hat die Regierung angesichts der politischen Krise um 2 % nach unten korrigiert. Es bestehe auch die Gefahr steigender Inflation und eines wachsenden Haushaltsdefizits. *vgl. PST*

27.10.u.18.11.00, PDI 23.10. u. 7.11.00, MBI 7.11.00, dpa 10.11.00

## Kinderarbeit bekämpfen

Einen Tag vor ihrem Inkrafttreten hat der philippinische Senat die Konvention 182 der ILO (International Labor Organisation) gegen die schlimmsten Formen der Kinderarbeit ratifiziert. Dadurch verpflichten sich die Philippinen, nicht nur durch ihre Politik auf die Einhaltung der Bestimmungen zu achten, sondern auch die Praxis zu überwachen. Die von der Konvention geächteten Formen der Kinderarbeit sind Sklaverei, Prostitution, Pornographie, Einsatz von Kindern in bewaffneten Konflikten, Drogenproduktion und -handel sowie Einsatz von Kinderarbeit unter

riskanten Bedingungen. Ein Gesetz zur Verankerung und finanziellen Ausstattung des Nationalen Programms gegen Kinderarbeit (NPACL) soll laut Arbeitsminister Bienvenido Lagusma der nächste Schritt sein.

Allein in den westlichen Visayas sind nach Aussagen der Vorsitzenden einer Organisation gegen Kindermissbrauch (ECPAT) rund zwanzig Prozent aller Jugendlichen in Jobs beschäftigt, die nicht altersgemäß seien. So arbeiteten viele in Hotels und in der Gastronomie, aber auch als Entertainer oder Prostituierte.

*vgl. MBI 18.11.00, MTI 26.11.00*

## Föderalismus versus Unabhängigkeitsreferendum

Eine Petition für ein Unabhängigkeitsreferendum unter Überwachung der Vereinten Nationen zirkuliert im muslimischen Mindanao. Das Papier mit dem Titel »Declaration of Intent and Manifestation of Direct Political Act« ist an den US-Präsidenten, den US-Kongress und die Organisation der islamischen Staaten gerichtet. Eine ähnliche Petition hatte es 1924 gegeben, die Zamboanga Declaration of Rights and Purposes, damals an die Kolonialmacht USA gerichtet.

Befürworter eines föderalen Systems, die Mindanao so zu mehr Unabhängigkeit verhelfen möchten, kündigten unterdessen an, die Diskussion über Föderalismus zu einem Hauptthema der Kongress- und Lokalwahlen im nächsten Mai zu machen. Gouverneur und MNLF-Vorsitzender Nur Misauari hat der OIC eine Deklaration vorgelegt, die eine Unabhängigkeit Mindanaos fordert, wenn die Bestimmungen des Friedensvertrags von 1986 nicht sofort umgesetzt würden. *PDI 9.10.00, MTI 11.11.00*

## Verstärkte Polizeiüberwachung

Mit Gerüchten, Teile der militanten Opposition planten Destabilisierungsaktionen, rechtfertigte Polizeichef Panfilo Lacson verstärkte Überwachungsmaßnahmen. Auch konservative Kräfte in der Opposition warnten vor Gewalt. So rief der konservative Bischof Teodoro Bacani dazu auf, das Amtsenthebungsverfahren gegen Estrada zu unterstützen und Proteste zu unterlassen, die zu Gewalt führen könnten. Angeblich soll bei einem Treffen der Plan vorge schlagen worden sein, ein Ereignis ähnlich dem Mendiola Massaker von 1987 zu inszenieren, um einen internationalen Aufschrei zu provozieren.

Der Polizeichef äußerte sich besorgt über eine Verlagerung

von Guerillatruppen der *New People's Army* in Gebiete nahe Manila. Auch von einer Ansammlung Selbstmordattentäter aus Reihen der NPA soll der Geheimdienst erfahren haben. Ein Mann, der angeblich einen Molotowcocktail mit sich führte, wurde auf dem Gelände des Malacanang-Palastes verhaftet.

José Maria Sison, der als Kopf der Kommunistischen Partei gilt, bestreitet jeden Zusammenhang mit der NPA. Der Verhaftete sei ein Darsteller in einem schlechten Film, der von den Imageberatern des Präsidenten inszeniert werde, so Sison. Auch die Vizepräsidentin soll bei ihren Gesprächen mit zahlreichen politischen Gruppierungen intensiv überwacht werden.

Im Lauf der großen Protestaktionen gegen Estrada hat die Polizei die Überwachung von Teilnehmern per Video verschärft. Man wolle Beweise haben, falls man Anklage wegen Aufruhrs erheben wolle, lautete die Begründung. Präsident Estrada kündigte am Tag der Vereidigung der Senatoren als Impeachment-Jury an, er werde sich jedem Urteil beugen. Sollte er freigesprochen werden, werde er allerdings eine geringere Toleranz an den Tag legen gegenüber Straßenprotesten und Massenaktionen der ungewöhnlichen Koalition von konservativen und militanten Kräften.

*vgl. MTI 21 u. 25.11.00, MBI 18.11.00, PST 25.11.00, PDI 17.11. u. 26.11.00*

## Gesprächsbereitschaft signalisiert

Die Gesprächsbereitschaft zwischen Präsident Estrada und der Führung der MILF (Moro Islamic Liberation Front) ist nach einer im Senat eingebrachten Amnestieregelung für MILF-Kämpfer und der Aufhebung der Haftbefehle für führende MILF-Personen gestiegen. Die OIC (Organisation islamischer Staaten) hatte nach einer Informationsreise einer Delegation in Mindanao angeboten, Friedensgespräche zu beherbergen. Angesichts der fraglichen Zukunft des Präsidenten scheint eine Aufnahme von Gesprächen jedoch unwahrscheinlich.

Indes gehen die Kämpfe zwischen Regierungstruppen und versprengten MILF-Einheiten weiter. Auch eine Einigung über einen Waffenstillstand über Weihnachten und für den muslimischen Fastenmonat konnte jedenfalls bis zum Beginn des Ramadan Ende November nicht erzielt werden.

*vgl. PDI 1 u. 11.10.00, MTI 24.10. u. 20 u. 22.11.00*

## Wahlkampf mit Drogenmitteln

Für eine verkappte Wahlorganisation von Polizei und Regierungsoffiziellen hält die Parlamentsabgeordnete Etta Rosales das neu gegründete »Movement against Drugs«. Die Organisation

hat sich um eine Registrierung auf der sog. Parteiliste für die Parlamentswahlen im Frühjahr eintragen lassen. Diese Liste sei aber ursprünglich für Organisationen der unterprivilegierten Ge-

sellschaftsgruppen gedacht, nicht für Satellitenparteien des Präsidenten, die mit Geldern für die Drogenbekämpfung Wahlkampf machen wollten, kritisiert Rosales. *vgl. PDI 20.11.00*

## Angriffe auf Kirche wegen politischen Engagements

Eine klare Position gegenüber dem beschuldigten Präsidenten bezog von Anfang an die Katholische Bischofskonferenz der Philippinen, die wiederholt mit aller Deutlichkeit einen Rücktritt des Präsidenten gefordert hat. Wie der Vorsitzende der Bischofskonferenz, Bischof Orlando Quevedo sagte, unterstütze man alle friedlichen und legalen Mittel des Protests, auch einen Volksstreik (*welgang bayan*). Sollte das Verfahren zur Amtsenthebung in die Länge gezogen werden, werde das Volk wissen, was zu tun sei, sagte Quevedo. An die Regierung gerichtet mahnte Quevedo, die Rechte der Bürger nicht zu

unterdrücken, insbesondere das Grundrecht auf freie Meinungsäußerung. Die Bischofskonferenz als entschiedene Gegnerin des Glücksspiels forderte auch, diese Lotterien generell zu stoppen.

Gegen Manilas Erzbischof Jaime Kardinal Sin, der wiederholt zu Demonstrationen aufgerufen hat, ist von einem Marcos-Anwalt eine Unterschriftenkampagne gestartet worden. Die Liste soll an den Vatikan geschickt werden. Man wirft Sin Einmischung in Angelegenheiten des Staates vor. »Der Papst wird herzlich darüber lachen«, kommentierte Bischof Quevedo und betonte, die Kirche mische sich nicht in

politische Angelegenheiten, sondern in die Diskussion um moralische Fragen in der Politik ein: »Wenn Politik unmoralisch wird, oder wie im Falle von Präsident Estrada, politische Macht unmoralisch eingesetzt wird für persönliche Zwecke gegen das Allgemeinwohl, muss die Kirche sich einschalten«.

Die Residenz von Kardinal Sin in Manila war von Demonstranten mit Tomaten beworfen worden.

vgl. PDI 14.10., 3.u.16.11.00, PST 16.10. u. 20.11.00, Reuters 4.11.00, MTI 24.10., u.21.11.00, MBI 2.11.u.18.11.00

## In den Fußstapfen des Präsidenten

Auch gegen die zurückgetretene Vizepräsidentin Gloria Macapagal-Arroyo soll ein Amtsenthebungsverfahren eingeleitet werden. Der Vizepräsidentin wird vorgeworfen, gegen die Verfassung verstoßen zu haben, indem sie sich an die Spitze der Bewegung für einen Rücktritt Estradas gestellt hat. Zudem geht es um eine Immobilie in San Fransisco, die offiziell ihrem Schwager gehört.

Die Vizepräsidentin war zurückgetreten, um sich als neue Zentralfigur der Opposition zu

präsentieren. Unterstützt wurde sie dabei auch von Ex-Präsidentin Corazon Aquino. Die schnelle Wiederherstellung des Vertrauens in Regierung und Wirtschaft des Landes sind Arroyos wichtigste Ziele. Die Vizepräsidentin traf sich mit zahlreichen Organisationen und Gruppierungen zu Konsultationen, darunter auch mit Satur Ocampo, dem Präsidenten von Bayan Muna, der neu gegründeten Partei des nationaldemokratischen Bündnisses BAYAN.

Allerdings ist es unwahrscheinlich, dass ein von einem Marcos-Anwalt gegen die Vizepräsidentin beantragtes Amtsenthebungsverfahren tatsächlich vor den Senat gebracht wird. Die neue Mehrheit im Parlament sei, so der Sprecher, nicht an der Verfolgung der Vorwürfe gegen Macapagal-Arroyo interessiert.

vgl. MTI 21.11.00, PDI 13, 18.10. u.16.11.00, MBI 22.11.u. 24.11.00, dpa 6.11.00

## Kokosfonds eingerichtet

Nach jahrelangem Tauziehen ist die Einrichtung des Kokosfonds zugunsten der philippinischen Kokosbauern von Präsident Estrada unterzeichnet worden. Die Verbände der Kokosfarmer kündigten jedoch Widerspruch gegen die Verordnung an, weil die zu öffentlichen Geldern erklärten Mittel der unter Marcos einbehaltenen Kokos-Steuer nach der nun unterzeichneten Regelung unter private Aufsicht gestellt werden sollen.

Außerdem ist die rechtliche Grundlage für die Regelung noch nicht geklärt. Die Regierung möchte einen Anteil in Höhe von 27 Prozent an dem San Miguel Konzern veräußern, für den sie sich einen Erlös von

50 Milliarden Pesos erhofft. Der mit der missbrauchten Kokos-Steuer erworbene Anteil des Marcos-Cronies Danding Cojuangco, der inzwischen wieder Mehrheitseigner des San Miguel Konzerns ist, war in der Amtszeit von Präsidentin Aquino beschlagnahmt worden. Präsident Estrada hatte einen Kompromiss ausgehandelt, wonach Cojuangco über einen Anteil von 20 Prozent weiter verfügen soll, wenn 27 Prozent für den Kokosfonds zur Verfügung stehen. Bisher haben die zuständigen Gerichte diesem Kompromiss nicht zugestimmt.

vgl. PDI 9.11. u. 11.11.00, MTI 15.11.00, PST 19.11.00

## Todesstrafe abschaffen

Die Häftlingskommission der Katholischen Kirche forderte eine endgültige Abschaffung der Todesstrafe auf den Philippinen, wenn das Moratorium für Hinrichtungen am Jahresende ausläuft. Senatorin Loren

Legarda präsentierte im Kongress neue Zahlen, wonach die Vergewaltigungsfälle nicht weniger geworden sind, seitdem auf dieses Verbrechen die Todesstrafe steht.

vgl. MBI 20.10.00, MTI 19.10.00

## Korruptionswächter ausgezeichnet

Eine Gruppe aus Abra ist für ihr Engagement gegen Korruption in Kanada von der Organisation »Transparency International« ausgezeichnet worden.

Die »Concerned Citizens of Abra for Good Government« hatten mit der Beobachtung

von Regierungsprojekten vor Ort begonnen, weil der schnelle Verfall von Brücken und Straßen augenfällig war und sogar eine Brücke entdeckt wurde, die offenbar nirgendwohin führte.

vgl. MBI 2.10.00

# nachrichten

## Weihnachtsgrüße verhindert

Zivilcourage der besonderen Art bewies ein Postbeamter, als er sich weigerte, dem Vorsitzenden der Gewerkschaft Kilusang Mayo Uno (KMU), Crispin Beltran, Briefmarken zu verkaufen für eine riesige Weihnachtskarte an Präsident Estrada. Adressiert war die Karte an »His Notoriety, soon-to-be-ousted« (an den Allberühmtesten, der bald aus dem Amt gejagt wird). Estrada solle dem philippinischen Volk zu Weihnachten etwas schenken, worauf es sich freuen könne, seinen sofortigen Rücktritt. Dann könne das Volk frohe Weihnachten und ein gutes neues Jahr feiern.

vgl. PDI 26.11.00